

Die „Vollswacht“  
ersch. wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Kriegszeit, ohne Unterbrechung,  
mit dem 1. April 1918  
bis zum 31. März 1919  
durch die Post bezogen 2 Pf. 50.  
Post und Conto 2 Pf. 50.  
und ist im Postamt 2 Pf. 50.

# Vollswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr  
Bemerkung für die Abbestellung  
2 Pf. 50. für den Post- und  
Verwaltungsaufschlag  
15 Pfennige.  
Subskription für die nächste Nummer  
müssen bis Sonntag 6 Uhr in der  
Abbestellung abgegeben werden.

Telephon  
Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 113.

Donnerstag, den 17. Mai 1906.

17. Jahrgang.

### Die Anklage-Rede.

Als ob die Breslauer Staatsanwaltschaft noch der Vormundhaft bedürfe, so hat die „Schlesische Zeitung“ bereits in ihrer letzten Sonntag-Nummer die Anklage-Rede gegen unsere beiden der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten angeklagten Redakteure gehalten. Das heißt, sie ist so vorsichtig, weder den Staatsanwalt noch den gegen die „Vollswacht“ schwebenden Prozeß zu erwähnen. Sie debütiert nur so im allgemeinen, sie spricht von sozialdemokratischer Gift und Bergleichen und kommt zu dem Schluß, daß wir alle eine wahre Schwefelhande seien, denen e. nens ein Ausnahmegericht gebührt. Wer das Ganze liest, der hat den Eindruck, als sollte der Artikel ein Konzept für die staatsanwaltlichen Ausführungen sein, und es sollte uns nicht wundern, wenn wir schließlich im Gerichtsaal einen Teil der Ansichten der „Schlesischen Zeitung“ als Originalmeinung des Klägers wieder zu hören bekämen.

Das Scharfmacherblatt wiederholt das Spiel von ehemals: Als der Preußen-Aufruf des Genossen Lohse in der „Vollswacht“ erschienen war, druckte sie trotz der Konfiskation ungestraft einen Teil davon ab und goß ihre denunziatorische Sauce darüber. Und die Strafrichter wußten später als gerichtsbesandt mitzuteilen, daß die „aufreizenden“ Stellen des Aufrufs auch den besitzenden Klassen „bekannt geworden“ seien, sodas diese Klassen sich ernstlich bedroht gefühlt hätten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die neueste „Aufklärung“ der „Schlesischen“ über die Gefahren der Sozialdemokratie bei Gelegenheit in den Urteilsprüchen der Breslauer Richter wiederkehrt, fernermalen ein erheblicher Bruchteil dieser Richter zu den Abonnenten der „Schles. Zeitung“ gehört.

In dem langen Sermon — er umfaßt nicht weniger als 3 Spalten — behandelt der Schleifstein die auch für uns hoch aktuelle Frage: „Wie weit ist die Sozialdemokratie schon gekommen?“ Selbstredend nach Ansicht des „Leid“-Artiklers lautet, daß

„das deutsche Volk aber, soweit es sich nicht widerstandslos der Sozialdemokratie ergeben will, und die Regierungen nimmer vor der ersten Frage stehen, an welchem Punkte man einzuweisen haben wird, um die Sozialdemokratie direkt zu bekämpfen oder wenigstens ihr solche Machtmittel, auf die sie keinen berechtigten Anspruch hat, wieder zu entziehen.“

Machtmittel, auf die wir keinen berechtigten Anspruch hätten, sind uns nicht bekannt. Solange eine Organisation des Proletariats besteht, hat sie Anspruch auf alle Machtmittel, die irgend einer anderen Organisation oder einer anderen Klasse zustehen. Insbesondere hat die Arbeiterklasse Anspruch darauf, das Junkertum aus seiner anmaßlichen und gemißbrauchten Vorherrschaft in Preußen zu verdrängen. Das mag unangenehm für die Vertreter dieser gewalttätigen Vorherrschaft sein, aber an der sittlichen und moralischen Berechtigung des proletarischen Anspruchs werden außer den

Herrenmenschen in und um der „Schlesischen“ sehr wenige Erdbürger Zweifel hegen.

Indessen sollten uns die mehr oder weniger geistlosen Auslassungen des begnadeten Mietlings Kapitalkritik-junkertlicher Vorrechte nicht sonderlich aufregen. Man muß nur einige der Auslassungen selbst lesen, um den Geist begreifen zu können. Da heißt es an einer Stelle:

„Die sozialdemokratischen Redner und Publizisten genießen sich auch gern, öffentlich als Verflüchter dieser Gift in ihren äußersten Konsequenzen aufzutreten, indem sie z. B. mit den russischen Meuchelmördern sympathisieren und sie als „Richter“, ihre Opfer als „Gingerichtete“, die Hinrichtung eines erkrankten Mädchens aber als „Mord durch die Regierung“ bezeichnen. Was das aber für die Zukunft unseres Volkes, unseres Vaterlandes bedeuten will, wenn die eingangs skizzierten sozialdemokratischen Anschauungen in Verbindung mit einer solchen Sittenlehre tagaus tagein Millionen von meist ungebildeten und unteilbaren Menschen ein-geprägt werden — darüber wagt man sich im allgemeinen noch recht wenig den Kopf zu zerbrechen, trotz der schon hier und da aufblühenden Wetterzeichen.“

Dieselben Worte und Gedanken wurden am 10. Januar dieses Jahres in der Gerichtsverhandlung gegen den Genossen Lohse angewandt. Insofern ist der Erguß nicht ganz neu. Aber bezeichnend für die Maximen dieser Gesellschaft bleibt er doch. Ebenso die folgende Denunziation:

„Die Vertreter der Sozialdemokratie in den Parlamenten und Kommunalverwaltungen lassen sich für das Wohl des Staates und der Gemeinden in Eid und Pflicht nehmen, um dann diese Gemeinwesen (Vrs: Die Interessen der Kapitalisten! Red. d. „Vollsw.“) zu befehlen und von weitem nicht-barer Stelle aus für ihren Antagonismus zu agitieren. Und weil das geistige Fundament der Sozialdemokratie der Haß ist und weil Blut stärker wirkt als Tinte, so werden bei wachsender Geizgierigkeit ganze Scharen durch Meuchelmord herauf aufgerufen und auf-gereizt, daß sie blindwütige Exzesse begehen und sich blutige Rufe holen. Dann setzen die sozialdemokratischen Mütter über „schuldlos vergessenes Arbeiterblut“ und „blutige Ordnungsbefehle“, auf deren Schwandaten man die beste Antwort durch fleißiges Werben für die Organisationen und die Parteiverse gebe, und in den nächsten Tagen bekommen die Gewerkschaften neue Steuerzahler und die Parteiblätter neue Abonnenten.“

Ein Wort zu dieser Denunziation anzumerken: Diese Verleumdungen sind die Schandflecken der Sozialdemokraten „ganze Scharen so aufgereizt und aufgehetzt“ würden, daß sie „blindwütige Exzesse begehen“. Wozu ein Beweis? Die Richter sollen das lesen und da sie eine Entgegnung darauf nie zu Gesicht bekommen, so sollen sie es schließlich für unwidersprochene Wahrheit halten. Das ist die Absicht, der ja wohl auch der Erfolg nicht verfehlt bleibt.

Zu welchem bodenlosen Schwindel diese belobten Verbreiter der Scharfmacher-Ansichten kommen, das mag diese Stelle erweisen:

„Die Kunde vom „Teilen“ läßt sich also nicht mehr einfach ins Märchenreich verweisen, denn tatsächlich hat man das Teilen schon recht häufig eingeleitet. Und da die Tonart der sozialdemokratischen Agitation immer schärfer und wilder wird,

muß man sogar darauf gefaßt sein, daß die Aera der Aufreihung noch nicht abgeschlossen ist und daß gelegentlich auch — wie am 17. Januar in Hamburg — besonders entragerte Sozialdemokraten mit größerer als der programmatischen Geschwindigkeit Teilungen ins Werk setzen. Das ist keine leere Behauptung, denn die Hamburger Plünderungsaktionen haben sich im Verlaufe des umfangreichen gerichtlichen Verweisesverfahrens klar genug als Früchte der sozialdemokratischen Wirtschaft- und Sittenlehre herausgestellt; die Zeit dieser Fruchtzeit scheint also gekommen.“

Es ist bekannt, daß außer einem, keiner der Angeklagten aus dem Schopenstahlprozeß jemals in Beziehungen zur Sozialdemokratie gestanden hat. Wenn die „Schles. Ztg.“ schwindelhafter Weise das Gegenteil behauptet, so kann man ihr verzeihen, denn der Chefredakteur des Blattes ist ein ehemaliger — Konfiskationsrat! Und das sagt genug!

Daß in dem Antisozialisten-Artikel die Lohnkämpfe der Arbeiterklasse nicht fehlen, die den Arbeitgeber um das Selbstbestimmungsrecht (Vrs: Ausbeutungsfreiheit!) bringen, daß auch der Breslauer Saalbonkott als Terrorismus gegen die armen Gastwirte verschrien wird, während er in Wirklichkeit nur einen Akt der Notwehr gegen den behördlichen Terrorismus darstellt, daß ferner die Ausnutzung der Krankenkassen durch sozialdemokratische Agitatoren eine böse Rolle spielt, während man in der „Schlesischen“ ganz vergessen hat, daß der auch von Arbeitergroßen bezahlte Mathematiker Dr. Wagner von der Landesversicherungsanstalt als freikonserverativer Agitator und Abgeordneter fungiert — das alles sei nur als Beispiel für die Strupellosigkeit des Scharfmachergerichtes angeführt.

Die Sozialdemokratie geht ihren Weg trotz alledem. Sie hat die Polizei-Skizzen des Ausnahmezustandes überunden, sie wird auch fertig werden mit den Helbentaten dabei, die heute Polizei, Justiz und die Regierung zu Gewalttäten gegen die Arbeiterklasse aufzureizen suchen.

### Politische Heberluft.

#### Die Reichstagsdiäten.

Mit großem Ungestüm haben sich die bürgerlichen Parteien des Reichstages auf den nicht eben reichlich bemessenen Diäten geworfen, den die gut besoldeten Herren des Bundesrats ihnen zuzuschleudern endlich für gut befunden haben. Als feinerzeit Fürst Bismarck das allgemeine Wahlrecht durch die Diätenlosigkeit in seiner Weise ergänzte, war die Absicht, die Mandate möglichst Großgrundbesitzern, Großbourgeois und behabigen Großwürdenträgern der akademischen Berufe zu reservieren, dagegen in erster Linie die Arbeiter, daneben aber auch Kleinbürger, Kleinbauern, unbemittelte Akademiker aus dem Reichstagssaale fernzuhalten. Kurzum, die Diätenlosigkeit war so recht auf das Bedürfnis der damaligen herrschenden Nationalliberalen, daneben auch der konfessionellen Parteien zugeschnitten. Die Zeiten haben sich geändert. Das

### Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

(Nachdruck verboten.)

Mit einem Schlage war die Frau wieder die Alt-: schmieglam und unterwürfig. Sie haßte mich beim Aussteigen und bedeckte mich sorgsam, mit einer fast mitlerlichen Friergerge zu. „Und nun wird das Kindchen schlafen. Alle vierzehn Schenkeln werden um Ihre Bettchen stehen. Und ich werde beten für Sie, Panna!“

In dieser Nacht war die schreckliche, schwarze Wand dicht neben mich gerückt. Ja, was das Grauentaste war: sie stand nicht mehr fernern und ergan an meinem Bett, wie in den vorangegangenen Nächten. — sie hielt Bewegung erhalten und neigte sich über mich mit ihrer ganzen Wucht. Ich wollte die Arme erheben und sie stemmen wider das fürchtbare Gesicht, doch alle Anstrengung war vergeblich. Schlaf, wie gelähmt lagen sie an meiner Seite; ich vermochte nicht, ein Glied zu rühren. Mit einem Male erschien es mir, als habe die Wand zwei glühende Augen bekommen und ein fürchtbares, weit aufgesperrtes Maul, aus dem mir Feuerströme entgegenstrubelten. Da kam eine selte erbärmliche, rasende Todesfurcht über mich, gleichzeitig aber ein wütender Haß auf Vincentis Kind, des mir all' diese Qualen verursachte. Und wie ich schon am Nachmittage des Wunsches gehobte hatte, das Ungeborene in meinen Armen zu erwürgen, so stieg jetzt, glühend wie Lavaströme in dem schwarzen Gebirge über mir, das Verlangen in meinem Herzen auf, das Kind zu nehmen und es samt all' meinen Tränen und Leiden, all' meinem Haß und meiner Schuld in den aufgerissenen Feuerlund vor mir zu schleudern.

Am frühen Morgen, ehe noch das erste kahle Rot durch die Zweige des Philobendron schimmerte, wurde ich wach durch ein nie gefühltes, bohrendes und nagendes Schmerzgefühl im Rücken und im Kreuz.

Ich warf mich hin und her, stöhnend und ruhelos. Als endlich um sechs Uhr Lydia Kaloowicz durch das Zimmer gegangen war, um in der Küche nebenan das Frühstück zu bereiten, begann ich, da das Liegen mir zur Unmöglichkeit geworden war, mich langsam und zitternd aufzulieben. Dabei biblizierte der eine Gedanke, der eine Wundsch durch meine Nerven: Etsriede Glühker, nur schnell zu Etsriede Glühker.

„Heilige Jungfrau, Panna, was ist in Sie gefahren?“ — Das Kaffeebecken fest an den Leib gedrückt, blieb die Frau in der geöffneten Tür stehen und starrte mich mit großen, erschrockenen Augen an.

Ich erzwang ein Lächeln. „Mir ist nicht wohl. Geben Sie mir schnell zu trinken, denn ich will in frische Luft. Ich esse hier.“

Sie erwiderte kein Wort. Sie blickte mich nur forschend an, während ich mühsam Schluß für Schluß hinunterzwang, so prüfend und unausgesetzt, daß mir noch unheimlicher zu Wute ward.

Endlich sagte sie langsam: „Panna, Sie dürfen nicht mehr aussaehen. Sitzen Sie sich ruhig, legen Sie sich nieder; ich hole Ihnen Milch.“

„Wie meinen Sie das?“ stieß ich, heiß vor Aufregung, hervor.

„Das stellt ein Kind. Die schwere Stunde ist eben da.“

„Das ist eine Unmöglichkeit“, schrie ich heftig. „Ich habe noch vier Wochen zu warten — ich habe ja auch noch nichts besorgt für das Kind.“

„Nun, man hat sich eben verrechnet! Das wäre doch nicht das erste Mal.“

„Verrechnet?“ — Ich hatte mich vornübergebeugt und packte das Weib an der Schulter. — „Wie kann ich mich verrechnen? Vincenti ist bei mir gewesen — einen Tag.“

Wieder der forschende Blick aus dem hartem, breitknöchigen Gesicht, diesmal mit einem triumphierenden Aufleuchten vermischt, das ich deutlich wahrnahm, trotz meiner Schmerzen und meiner schüttelnden Angst.

„Unbia — ich bitte Sie! Gole mir eine Troschle — um Deines Bruders willen!“

„Das darf ich nicht mehr. Das wäre Mord. Zieh' Dich aus und lege Dich nieder“, befahl sie hart.

Mit einem Sprunge, — wie ich den fetten brachte, ist mir heute unklar, — stand ich im Kabinett an der verschlossenen Tür, die in die vorderen Räume zu führt und Selenos Zimmer führte, und dachte und rüttelte an dem Türgriff mit herborebrechender Wut.

„Selena, Selena!“

„Ja“ erwiderte die schlaustrunkene Stimme des Mädchens nebenan.

„In Hilfe, Selena!“

Ein Flüstern hinter der verschlossenen Tür. Dann ein zitterndes, harter Stimme gesprochenes: „Ich komme.“ Und neben mir stand Lydia mit schalem Gesicht und funkelnden Augen. Sie legte Hand an mich und zog mich in das Zimmer zurück.

„Oh, ich denke an das Kind“, schrie ich auf, „an das vor allem!“ — Eine wunderbare Kraft war etwacht in mir, die Kraft des Weibes, das vor der schwersten Stunde seines Lebens steht, vor jener Stunde, die nicht mit Magen und Zammern, die nur mit dem Aufgebot eines vollen Menschentums zu überwinden ist: gegen deren ungeheuerlichen Wucht alle Mannesstärke wie ein Frühlingsturm vor der Gewalt des Cyclons erschleint.

Ich schüttelte die harte Hand von meiner Schulter und trat langsam in das Zimmer zurück.

„Geben Sie mir Mantel und Hut“, gebot ich rauh.

Sie ging gehoriam an den Schrank und schloß ihn auf.

Als sie mir beim Anlegen behilflich sein wollte, wehrte ich sie ab.

„Das kann ich selbst.“

Und ich wandte mich zu Selena, die hilfsbereit auf der Schwelle stand. Ohne ein Wort zu sprechen, legte ich meinen Arm in den des Mädchens und schritt an ihrer Seite über Lydia Kaloowicz' Schwelle hinaus.

„Was, was ich tat, mein Lieblich, geschah wie unter einem äußerlichen Druck, fast ohne Meares Bewußtsein. In diesen fürchtbaren Stunden trieb mich die Natur, wie sie die trachtige Stirkhüh treibt, ein möglichst sicheres und warmes Lager für ihr Junges zu suchen.“

Nach einer halbkindigen, angstvollen Fahrt hatte ich mein Ziel erreicht — mitten im Gebirge und Gelärm der Millionenstadt. Und so, nach achtzehnjähriger Trennung, sahen Etsriede Glühker und ich uns wieder.

In ihrem mit behaglicher Eleganz eingerichteten Spechzimmer stand ich zitternd, von Schauern geschüttelt, dem Zusammensinken nah — und dennoch von einem heiligen Willen zum Leben befeelt.

Sie ging an den Anderen vorüber, die auf sie warteten, und kam mit schnellem, elastischem Schritt gerade auf mich zu. Sie faßte meine beiden Hände mit ihrer rechten, legte den linken Arm um meinen Leib und nannte meinen Namen.

„Es ist gut, daß Sie zu mir kommen.“

Das war alles; keine Frage weiter, kein unartiges Wort. Mit einer weichen Gebärde der Sorgfalt geleitete sie mich, an der übrigen Wartenden vorüber, auf den Korridor hinaus und von dort in eine geräumige und behagliche Etude, die voller Luft, Licht und Sonnenchein war.

„Sagen Sie mir, wie Sie sich. Seien Sie ganz ruhig, ich lasse alles bereit machen. Und dann fordern Sie Etsriede ab: Mut, Kraft und guten Willen.“

„Ich habe den Willen zu leben, Fräulein Glühker!“

„Das ist ich hören Gehört an, als Sie auf der Schwelle standen. Wenn Sie das wollen, brauchen Sie keine Angst zu haben.“



damals hart verfolgte Zentrum ist zur Regierungspartei geworden. Die Masse der Kleinbürger ist den fortschrittlichen Parteien untreu geworden und hat sich den reaktionären Parteien verschrieben. Die Nationalliberalen dürfen seit 1 1/2 Jahrzehnten nicht mehr wagen, ihre zusammengesetzten Mandate ausschließlich den Granden von Koflen und Eifen zuzuschreiben. Selbst die Konservativen haben die Zahl der Nennunterbauern und Nennunterhandwerker in ihren Reihen vermehren müssen. Und vor allem: den Zweck, die Sozialdemokraten aus dem Reichstage fernzuhalten, hat man mit der Diätenlosigkeit nicht erreicht. Erreicht hat man vielmehr, daß die Beschlußfähigkeit chronisch, der Normalzustand, der Typus des Deutschen Reichstags wurde und gerade diese Beschlußfähigkeit verstärkte wieder die Machtstellung unserer trefflich disciplinirten Fraktion, deren Mitglieder nicht das Fasanenschießen der Ausübung ihres Mandates vorzogen. Kurzum, es ging nicht mehr. Man mußte „den Kerls“ die Diäten geben. Aber man hat es in einer Weise getan, die die Unlust überall und aller Orten verrät. Man gewährt eine Pauschalsumme, die siebenmal geringer ist, als die, die den amerikanischen Repräsentanten gewährt wird. Man führt ein Ratingzahlungssystem ein, das Durchsetzungen geradezu prämillert. Man kommt mit Strafgebern, die dem Ratingement früherer englischer Fabrikanten abgelauscht scheinen. An allen diesen Vorschlägen hat der Reichstag im Prinzip nichts geändert. Er hat nach einem Zentrumsantrage Gröber, der am Dienstag bei der dritten Lesung angenommen wurde, die Ratingzahlung anders geregelt und das jetzt so beliebte Staffelsystem auch auf sie angewandt. Er hat die Strafgebern etwas herabgesetzt. Weit wichtiger als dieses ist, daß er sich geweigert hat, in die Geschäftsordnungsänderung zu willigen, die die Regierung als Gegenleistung für die Diätengewährung verlangte. Es wäre es fürcht, deswegen diesem Reichstage einen Vorberührung winden zu wollen. Wenn jemand verschmäht, sich selbst zu entwürdigen, verdient er noch keine Bürgerkrone. Außerdem ist die Weigerung eine mehr formale als reale. Die Reichstagsmehrheit hat die größte Lust, die Verhinderung der Geschäftsordnung, die sie der Regierung verweigert, demnächst aus freien Stücken vorzunehmen.

So ist die Vorlage beschaffen, die am Dienstag in dritter Lesung angenommen wurde. Es gab noch eine längere Diskussion; aber unsere Fraktion beteiligte sich nicht daran. Sie stimmte für die Vorlage, weil sie noch Ablehnung der Aenderung des Artikels 28 immerhin einen Fortschritt darstellt. Aber für das „Geschick“ sich zu erwärmen, lag kein Anlaß vor. Erfreulich war, daß der freimüthige Dr. Pothhoff der Rede die Schelle umhing. Die Diäten, so meinte er, werden gewährt, um während eines möglichst großen Teiles des Jahres dem Berliner Hofe den verhassten Anblick des verarmten Reichstages zu sparen. In der Vorlage wird bestimmt, daß die fälligen Monatsraten eines Abgeordneten seiner Witwe ausgezahlt werden. Die Monatsrate beträgt für November 200 Mark, für April 1000 Mark.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag den Antrag des freikonservativen Abg. Freidrich von Jedlitz auf höchste Heranziehung der Betriebsgemeinden zu den Lasten der Wohnungsgemeinden der Arbeiter in dritter Lesung an. Der nächste Punkt der Tagesordnung, die Beratung der Schulgesetzgebung, gab dem neuen Minister der öffentlichen Arbeiten, Freidrich, Gelegenheit, sich mit einer Ansprache beim Abgeordnetenhaus einzuführen, in der er versicherte, in den Röhren seines Vorgängers, des Herrn von Dube, wandeln zu wollen, namentlich auch auf dem Gebiete der Fürsorge für die Elternbesuchenden und Arbeiter. Darüber, ob er auch den Arbeitern in seiner Verwaltung das Koalitionsrecht zu gewähren gedenkt, schied sich der Minister, dessen Ausführungen dem Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Die Schulgesetzvorlage wurde in zweiter und darauf auch in dritter Lesung angenommen. Schließlich erledigte das Haus noch eine Anzahl Petitionen nach den Kommissionsbeschlüssen. Am Mittwoch stehen die zweiten und dritten Beratungen der Gesetzentwürfe über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst und über den Erwerb des Kolonialrechts „Germania“, sowie die Beratung der Novelle zum Knappschaftengesetz auf der Tagesordnung.

**Die Preisgebung des Dreiklassenwahlrechts.**  
Der Bericht der Dreiklassen-Kommission des Preussischen Herrenhauses, der die Vorberatung der Weismann'schen Wahlrechtsvorlagen oblag, und der am Dienstag in Berlin ausgegeben wurde, bringt eine außerordentliche Uebersetzung. Es stellt sich nämlich heraus, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht selbst in der Kommission des Herrenhauses keinen einzigen Verteidiger gefunden hat! Die Stimmung, die sich in diesem Bericht spiegelt, ist die der höchsten und peinlichsten Verlegenheit; ist auf der einen Seite das Wahrscheinlichste der jählichen Staaten, das gleiche, direkte, geheime, für die preussischen Granden selbstverständlich indiskutabel, so erscheint ihnen auf der anderen das bestehende Preussische Wahlrecht gleichsam als ein verpesteter Kadaver, dessen Verführung man meiden, und dessen Wohlgeruch zu nehmen selbst ein oberflächiger Stalljunker nicht toll genug ist. Das Dreiklassenwahlrecht läßt man nur deshalb unbestritten liegen, weil man Angst vor seinem einzig berechtigten Nachfolger, dem gleichen Wahlrecht hat. Wir preussischen Junker fürchten das Volk und sonst nichts auf der Welt!  
Ein Mitglied der Herrenhauskommission beklagte, daß die Staatsregierung sich nicht zu einer weitergehenden Reform des preussischen Wahlrechts entschlossen habe. Es sei ja schon das Einkommen als einziger Maßstab der Wahlberechtigung gelten zu lassen; das System werde nur gerichtet (?) werden, wenn es andere persönliche Eigenschaften ebenfalls in die Waagschale werfe wie die Höhe des Einkommens. Wenn platonische Wahlsysteme hätten immer zuletzt zu Katastrophen geführt; die seien durch eine zeitgemäße Reform zu verhindern. Heute sei eine solche noch unter Beachtung aller berechtigten Interessen ohne nachlässige öffentliche Agitation herzuführen. Verschiedene man die Reform immer wieder, so werde man seiner Zeit viel größere und wahrscheinlicher gefährlichere Konsequenzen machen müssen.  
Ein anderer Redner führte aus, die Regierung habe durch die Wahlnovelle das bestehende preussische Wahlrecht

etabliert (befestigt) und dadurch scharf betont, daß sie an eine Reform nicht denke. Dies sei zu beklagen.  
Denn es sei gewiß, daß niemand da sei, der das heutige preussische Wahlrecht als ein geordnetes und zweckmäßiges anerkennen würde.  
Es läßt sich denken, daß Herr v. Weismann-Hollweg, der Klugschwärzer, der im Abgeordnetenhaus das bestehende Wahlrecht der „aufwärtsgehenden Kräfte“ mit unfruchtlichen Redensarten beleidigen zu müssen, geglaubt hatte, nicht wenig zu offen war, solche Stimmen aus der Mitte einer preussischen Herrenhauslerischen Kommission zu vernehmen. Seine Ausführungen über das Wahlrecht, die er im Abgeordnetenhaus gemacht habe, seien in der Presse mißverstanden worden (nun will der Tapfere gar nichts gesagt haben), und auch jetzt wolle er zur Frage einer Wahlreform nicht Stellung nehmen!

Wie erklären sich nun diese überraschenden Vorkommnisse in der Kommission? Offenbar sind es zwei Gebanten gewesen, die zu diesem für die Wahlrechtsbewegung ebenso erfreulichen wie für die Dreiklassenhelden so beschämenden Ergebnis geführt haben. Aus den Worten des ersten Redners spricht ganz deutlich die Furcht vor der Revolution, die Erkenntnis, daß Preussens Zustände innerhalb der allgemeinen modernen Entwicklung eine arge Regelmäßigkeit vorstellen, und einer Katastrophe entgegenzueilen, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird. Es war aber zweifellos noch ein zweiter Gebantengang, der die Redner der Kommission dazu führte — unter Verwahrung gegen das Volkswahlrecht — doch das Dreiklassenwahlrecht völlig preiszugeben. Das Herrenhaus steht zum Abgeordnetenhaus in einem Verhältnis der Rivalität, es will nicht, daß dieses Schelnparlament sich etwa als eine wirkliche „Volksvertretung“ aufspiele; darum haben die Herren die Gelegenheit benützt, um den Abgeordneten zuzurufen: „Ihr seid mit uns an einen Stall gebunden! Ihr seid ebensowenig Volksvertreter wie wir!“

Wie nun aber weiter? Die Weismann'schen Vorlagen sind natürlich trotz solcher Verwahrungen unverändert angenommen — einer der Redner hatte sie auch ohne weiteres gebilligt — und bei den Plenarverhandlungen am 15. Mai wird man wahrscheinlich eine viel vorsichtigeren Regie waltend lassen.

Man kann aber mit den Händen nicht festhalten, was man in Gedanken preisgegeben hat! Das wird sich vielleicht früher zeigen, als man denkt. Der Redner des Herrenhauses hat recht, das halloste, brutale und ungleich fürchtliche Verhalten der preussischen Regierung führt direkt zur Katastrophe!

**Zu dem Prozeß wegen Aufreizung zum Klassenhaß.** der sich dieser Tage in Magdeburg abspielt, ist am Dienstag das Urteil verkündet worden. Vor acht Tagen hatte der Staatsanwalt beantragt, die Genossen Holzapfel, Bethge, Haupt, Lademacher, Gorgas und Vater zu je sechs Wochen Gefängnis zu verurteilen, den Genossen Königshardt freizusprechen. Die Strafkammer fällte folgendes Urteil: Die Angeklagten Holzapfel, Bethge und Haupt werden zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen Lademacher, Gorgas, Vater und Königshardt wird auf Freisprechung erkannt. Roterding heißt der Landgerichtsdirektor, der dies Urteil verlas. Die „Magdeh. Volksstimme“ bemerkt zu diesem neuesten Stück deutscher Gerechtheit, das aus Anlaß der Flugblattverbreitung vom 21. Januar ans Licht getreten ist: So ist denn unter Anwendung der gewagten Interpretationsmöglichkeiten, die der Aufreizungsparagraf zuläßt, Herrn Hildebrandt die Genugthuung geworden, daß das Gericht wenigstens bei drei Angeklagten seinem Strafantrag folgte. Er wird es überwinden, daß seine Begründung nicht auch akzeptiert wurde, und die Freisprechung der übrigen vier „Verbrecher“ mag ihn auch nicht allzu schwer treffen. Es ging beim besten Willen nicht anders, weil sie das Flugblatt nicht gekannt haben. Die Sozialdemokratie aber hat keinen Anlaß zum Trübsalblafen. Ist sie es hoch erfahrungsgemäß nicht, die bei solchen Prozeßen etwas verliert. Es ist ein morscher Boden, auf dem die Herrlichkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts ruht, das ist männlich bekannt und fester wird seine Grundlage sicher nicht, wenn man es mit solchen Urteilen vor der Kritik zu schützen sucht.

**Eine imposante Demonstration** haben die Berliner Parteigenossen gegen die Schulverfassung am Dienstag veranstaltet. Die 43 Versammlungen gegen die neue Schulgesetzvorlage waren sämtlich stark besucht. In einzelnen Fällen mußten die Säle wegen Uebersättigung geräumt werden. Ueberall wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammelten erklärten, daß sie in dem Dreiklassenparlament Preussens vorliegenden Schulgesetzentwurf einen Stagnant auf die Selbstverwaltungen der Gemeinden und eine erhebliche Verschlechterung der schon durchaus unzureichenden Volksschulen erblickten. Gefordert wird eine einheitliche Schule, in der alle Kräfte des moralischen Seines der Jugend zu höchster Vollkommenheit zu entwickeln seien. Dies ist aber nur durch ein Reichsschulgesetz zu erreichen.

**Die Diskussion.** Aus Ruckstadt wird berichtet: Am Sonntag letzten die Sozialdemokraten am Montag die Diskussion fort. Bei Beratung der Anträge hat die Majorität und der Vorsitz des Wahlsystems, die wiederum auf die Tagesordnung gesetzt worden waren, verließen die Sozialdemokraten ebenfalls den Saal und schrieben zum dritten Male die Beschlüsse des Wahlsystems. Der Vorsitzende eine weitere Sitzung mit einer anderen Tagesordnung an. Die Wahlrechtsanträge der Höchstbesteuerten wurden nicht erörtert.  
**Landesrecht.** In Dresden war der Herr zu Lippitz zu sehen. Bei dem Galaband am Montag brachte der König einen Entschluß aus, worin er auf das Recht der gemeinsamen Interessen und das der Liebe und Einheit gegenüber mehreren deutschen Vaterlande“ hinwies. Bewußtlich bezieht das Telegraphenbureau so. Unmittelbar darauf erwiderte der Herr in langer Rede, in der er sagte: „Was wir im Reich haben, das haben wir auch in den einzelnen Provinzen.“

Chercheren Mr ewige Betten in meinem Hause und meiner Laube verzeichnet.“  
König Albert fällte bekanntlich den Schiedspruch, der in Gegenwart des Willen des deutschen Kaisers den Kaiser selbstern die Thronfolge zusprach.  
Der Veranlasser des und die monatliche Stilligkeit Wegen Majestätsbeleidigung war am 18. Mai d. J. vom Landgericht Rastatt in Laubert der Herr von Lorenz Scherer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll zweimal einem dreijährigen Knaben ein Wilderbuch mit Soldaten erklärt und dabei über den deutschen Kaiser eine beleidigende Meinung geäußert haben. Der Schreiner Konrad Eusnitz, der im Lokale des Angeklagten die fragliche Meinung geäußert haben will, hat sich nach Jahresfrist (!) verpflichtet, Anzeile zu erstatten. Die festgesetzt ist, lebt er mit dem Angeklagten in Freundschaft. Die Revision des Angeklagten, der persönlich erschienen war, kam, wie aus Beispiel berichtet wird, gestern vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Antrag des Rechtsanwalts, die Defensivität auszusprechen, wurde abgelehnt. Der Angeklagte bestritt die Aeußerung getan zu haben. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils, da nicht festgestellt sei, daß die Zuhörer die Aeußerung so verstanden haben, daß sie sich auf die Person des Kaisers beziehen sollte. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Frankfurt a. M.

**Das Märchen von der Selbstverwaltung der Gemeinden.** Seit Velleben der hoch-, Fortbildungs-, Handwerker-Schulen usw. war es das unbestrittene, widerwärtigste Angelegenheit der Stadt, die Lehrer dieser Schulen nach eigenem Ermessen nach Prüfung ihrer Qualifikation zu beschäftigen. Jetzt sind, dem „B. L.“ zufolge, die Lehrer dieser Schulen aus der öffentlichen Beschäftigung auf Grund eines alten Paragraphen, in deren Ausdrucksform man ja heute äußerst geschickt ist, aufgefördert worden, einen postulierten Unterrichts-Erlaubnis zu erlangen. Diese Maßregel findet nicht nur auf die neuereitenden Lehrer Anwendung, sondern auch auf die seit mehr als zehn Jahren an diesen Schulen bereits tätigen Lehrer. Ein solcher Unterrichts-Erlaubnis wird auf Ersuchen unter Beifügung eines Lebenslaufes, der wissenschaftlichen Zeugnisse, und eines polizeilichen Führungsattestes für Berlin nur von dem königlichen Polizeipräsidenten ausgestellt.

**Ein Handerei.** Ein Pistolenduell, das unheimlich verlief, hat am Sonnabend Morgen um 1/2 Uhr in der Behlenborfer Forst zwischen einem Offizier der Schütztruppe und einem höheren Beamten der Sozialverwaltung stattgefunden. Die Veranlassung zu dem Zweikampf soll eine Ehescheidungss-Affäre gewesen sein. — Es sind die Edelsten und Besten, die herartig dem Volk mit gutem Beispiel vorangehen. Zum Glück verliert das Volk auch nichts, wenn diese Leute sich in ein besseres Jenseits begeben.

**Die Ausweisungsschmach.** Unser Parteigenosse Rechtsanwalt Karl Liebknecht richtet an den Vorwärts folgende Zuschrift: Als Vertreter des russischen Kaufmanns, der in die Affäre Schöne- und Brodthaus verwickelt ist, weise ich die am 12. d. Mts. im preussischen Abgeordnetenhaus von dem Minister des Innern gegen meinen Klienten erhobene Verdächtigung, mein Klient schmeiche sich dem Reichsausschuss Schöne zuerst zur Spionage gegen sein Vaterland angeboten zu haben und erst später anderen Sinnes geworden zu sein, nachdrücklich zurück. Diese Verdächtigung ist erweislich unzutreffend. Ich werde das in aller Eile eingehend darlegen, bitte Sie aber, diese Zeilen schon heute zu veröffentlichen, damit die Auslassungen des Ministers nicht einen Tag länger unwiderrufen bleiben.

**Ein Landesverratsprozeß.** Wegen Landesverrats wurde am Sonnabend der Südbayer Kempfers aus Essen vom Reichsgericht zu 3 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt. Er hat nach dem Urteil versucht, sich von Essener Soldaten militärische Gegenstände zu verschaffen, um diese dann der russischen Regierung zu übermitteln.

**Antisemitischer Vales.** Die Abteilung II des Amtsgerichts Dresden macht bekannt: „Der Sächsischen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, hier (Birtus-Kroße 37), wird jede Veräußerung ihres Vermögens unterlagt, nachdem beantragt worden ist, zu diesem Vermögen den Konkurs zu eröffnen.“

Es handelt sich um die „Deutsche Wacht“, ehemals großstiliges Zentralorgan der deutschen Reformpartei.

**Ein Arbeiter als Geschworener.** In der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Schwurgerichts Leipzig ist zum ersten Mal ein Arbeiter als Geschworener angezogen worden. Es ist der Drechsler Wilsdorf, der bei der Verhandlung gegen den Guisbestiger Rühl, der der Brandstiftung beschuldigt war, als Geschworener fungierte. Bezeichnend ist für die „Vollgerichte“, als welche die Schwurgerichte oft in bürgerlichen Blättern bezeichnet werden, daß ihre Mitglieder aus Arbeiterkreisen an den Fingern einer Hand abzählen sind.

### Ausland.

**Der Wahlrechtsentwurf der schwedischen Regierung** ist von der ersten Kammer des Reichstages mit 126 gegen 18 Stimmen verworfen worden. Sie nahm mit 118 gegen 26 Stimmen einen Antrag betreffend das allgemeine Wahlrecht mit proportionalwahlen zu beiden Kammern und Herabsetzung der Wahlperiode der ersten Kammer von neuem auf sechs Jahre an.

**Die Stichwahlen in Frankreich.** Seit den Hauptwahlen vom 6. Mai sind 151 Wahlkreise unerledigt, wo am 20. Mai Stichwahlen stattfinden haben. Bei 114 sind die Sozialisten beteiligt, sei es als Majorität, sei es als Minorität. In 28 Wahlkreisen stehen die Kandidaten unserer französischen Parteigenossen an erster Stelle. In Paris ist dies in vier Kreisen der Fall und die dort aufgestellten Kandidaten sind Grossier, Allemane, Carbet und Dubois; in der Vorstadt St. Denis sind es zwei, die Genossen Deber und Wilm, die an der Spitze der Stichwahlkandidaten stehen. In 7 von den 28 vorerwähnten Kreisen ist die Zahl der Stimmen, die der sozialistische Kandidat auf sich vereinigt hat, eine so große, daß der Sieg selbst dann sicher ist, wenn alle Kandidaten sich der Stimmabgabe enthalten sollten. Dagegen ist in 17 Fällen die Wahlbilie der Kandidaten unerlässlich, wenn der sozialistische Kandidat siegen soll, und in vier Kreisen endlich hat der Sozialist zwar mehr Stimmen als der liberale Kandidat, aber die Majorität ist so gering, daß die Zurückziehung des radikalen Kandidaten notwendig sein wird, um die Niederlage des Reaktionärs zu sichern. In den noch verbleibenden 86 Wahlkreisen, in denen der sozialistische Kandidat in der Minorität ist, liegen die Dinge folgendermaßen: In 24 Kreisen sind die sozialistischen Stimmen unbedingt notwendig, um den Reaktionär zu schlagen; in 18 Kreisen wird die Zurückziehung der sozialistischen Kandidaten in der Stichwahl notwendig, um dem radikalen den Sieg über seinen liberalen Gegenkandidaten zu sichern; in 4 Kreisen endlich kann der radikale Kandidat mit Leichtfertigkeit siegen, selbst ohne die Hilfe der sozialistischen Wahlstimmen. Die Ausichten für die sozialistische Partei sind also durchaus gute, eine Anzahl von Wahlkreisen wird sie sicherlich noch erobern.

**Mit der Generalversammlung,** von der kürzlich im Parlament die Rede war, scheint England allen Ernstes begannen zu wollen. Wie der „Standard“ meldet, werden bedeutende Reaktionen bereits in nächster Zeit stattfinden. Die Selbstverteidigung wird von 150 auf 105 Batterien reduziert werden. Das bedeutet eine Verminderung von 15 Brigaden mit 270 Geschützen. Die berittene Infanterie, die sich im Vorkriege bewährt hat, wird überhaupt abgeschafft werden. Man erwartet, daß das Unterhaus diesen Maßnahmen seine Zustimmung nicht verweigern wird.

**Der englisch-türkische Konflikt** wird offiziell als endgiltig beigelegt erklärt.

**Die Verhandlung Senus Gohs** durch den Richter Polizeibeamtente Loher wird jetzt in einer Aufschicht an das „Vollrecht“ vom kantonalen Polizeikommando übertragen.











Donnerstag, den 17. Mai 1906.

## Der Metallarbeiter-Ausperrung

schreibt man uns:

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller versucht jetzt durch Aufheben der öffentlichen Meinung die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In hiesigen Blättern, wie auch in der letzten Nummer der Arbeiterzeitung vom 13. Mai findet sich eine lächerliche Darstellung über die Entwicklung des Kampfes. Wie diese Darstellung beschaffen ist, erhellt am besten aus den Schlussätzen des Artikels. Es heißt da:

„Wie aus den Veröffentlichungen zu ersehen ist, dreht sich der Kernpunkt des Streites um die Frage, ob für ganz Deutschland der gleiche Mindestlohn für Arbeiter von 21 Mk. pro Woche eingeführt werden soll, also der gleiche Lohn für kleine Großstädte und kleine Kleinstädte und ländliche Distrikte, der gleiche Lohn für fleißige und tüchtige, für geschickte und ungeschickte Arbeiter, der gleiche Lohn für die im besten Mannesalter stehenden, wie für die jugendlichen Arbeiter und Weiber; alles zu einem gemeinsamen Mindestlohn! Das Endziel ist dann, daß dieser Mindestlohn fortwährend in die Höhe geschraubt wird, bis er zum allgemeinen gleichen Normallohn der Arbeiter für ganz Deutschland sich ausweicht. Die Arbeiter wurden vorgeschickt, weil sie den sozialdemokratischen Propaganda am meisten schädlichen; zweitens sollte man andere Arbeiterkategorien folgen, sobald man mit den Normen einen Erfolg erreicht hat. Die Arbeitgeber der Metallindustrie sucht man dadurch einzuschüchtern, daß man ihnen das bekannte Kattensängerlied vorsingt, nach welchem durch die Einführung eines einheitlichen Minimallohnes über ganz Deutschland die Schmutzkonturen unter den Arbeitgebern beseitigt werden würde. Doch der Gesamtverband läßt sich dadurch nicht beirren, sondern wird sich gegen die Arbeitgeber aus höchster Notwendigkeit, deren Existenz die Existenzfähigkeit der deutschen Metallindustrie auf dem Weltmarkt gefährdet, nach Kräften wehren.“

Hierzu möchten wir folgendes bemerken: Es ist nicht wahr, daß sich der Kernpunkt des Streites um den gleichen Mindestlohn von 21 Mk. pro Woche für Arbeiter dreht. Zunächst das eine: Mit der Forderung des Mindestlohnes soll lediglich die gerade bei den Normen vorhandene Unsicherheit im Verdienst wenigstens in etwa beseitigt werden. Kann etwa ein Lohn von 21 Mk. für die schwere, anstrengende, vielfach ungelobte Arbeit des Arbeiters als zu hoch bezeichnet werden? Eher zu niedrig. Dieser Lohnsatz soll aber auch nicht überall gleich sein, sondern als niedrigster Satz in den Kleinstädten und ländlichen Distrikten gelten. In den Großstädten muß natürlich der Mindestlohn höher sein. Das ist auch in der hiesigen Zeitung von Leipzig Resolution klar zum Ausdruck gebracht worden, daß von einer Gleichmachung keine Rede sein kann. Die entscheidende Stelle der Resolution hat nämlich folgenden Wortlaut:

„Bei allen Vorkararbeiten ist ein den örtlichen Verhältnissen entsprechender Mindestlohn zu Grunde zu legen, jedoch nicht unter 21 Mk. für Arbeiter, für Hilfsarbeiter nicht unter 18 Mk. pro Woche.“

Bei solchen Forderungen würde keineswegs die „Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gefährdet“ werden. Im Gegenteil. Wenn etwas angeht, ist die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten, so höchstens das Verhalten der Industriellen, die durch Herabsetzung ihrer Löhne die Lebenshaltung der Arbeiter herabdrücken. — Im vorliegenden Falle handelt es sich aber gar nicht mehr um die Frage des Minimallohnes, denn die Arbeiter haben im Interesse einer Einigung auf diese Forderung ausdrücklich verzichtet. Es gewinnt danach den Anschein, als wenn von den Unternehmern in bewußter Weise die Öffentlichkeit zu täuschen beabsichtigt wird.

Genau so machen sie es ja übrigens auch bei ihren tatsächlichen Maßnahmen. Erst vorkommen sie als: Am 10. Mai begannen neue Ausperrungen. Nachdem nun die Arbeiter ruhig die Dinge an sich heran kommen lassen, da erklären die Unternehmer: Die Nachricht sei völlig aus der Luft gegriffen. Am 10. Mai wollten sie erst härtere Maßnahmen ergreifen. Nun, jeder, der die Dinge verfolgt hat, weiß, daß beispielsweise hier in Dresden die Unternehmer direkt an die Arbeiter bei ihnen beschäftigten und jetzt ausgesperrten Arbeiter herangetreten sind und diesen erklärten: Wenn die Arbeit von den Streikenden nicht bis zum 10. Mai aufgenommen ist, dann werden laut „Bekanntmachung“ weitere umfangreiche Ausperrungen erfolgen. Daß diese Absicht bestanden, geht übrigens aus dem Protokoll der Sitzung vom 2. Mai hervor. Das Protokoll lautet:

„Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Meind, macht darauf aufmerksam, daß nach den Sitzungen der Bezirksverbände durch Majoritätsbeschlüsse nicht geäußert werden können, auszuführen. Der Vorsitzende empfiehlt daher im Namen des Vorstandes dem Ausschuss die Annahme eines Antrages, welcher auch mit dem Amendement: „die sich hierzu bereit erklären“ in folgender Fassung die Zustimmung der Versammlung findet:

## Aus aller Welt.

**Gezackter Hund.** In der Nähe bei Weimar sind zuerst ein Menschenkopf und dann auch andere Leichenteile gefunden worden. Die Toten ist die 60 Jahre alte Streichholzfabrikerin Schmidt, die seit Februar vermisst wurde. Verschiedene Angaben deuten auf ein Verbrechen hin. Die Frau scheint ertränkt worden zu sein; außerdem ist der Schädel durch Pfeilschüsse gelitten. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

**Die Mache des Bergwerkseigenen.** In der Geschloßhülle zu Roane feuerte ein verabschiedeter Arbeiter gegen den Direktor des Werkes einen Revolver ab, in dem Augenblick, als der Direktor dem Arbeiter sein Zeugnis händigen wollte. Die Kugel ging aber fehl. Der Täter wurde verhaftet.

**Zufolge eines Erdbebens** sind in Velleone 23 Wohnhäuser eingestürzt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

**Schweres Gewitter** sind in verschiedenen Landesteilen Desterreich niedergegangen und haben zum Teil großen Schaden angerichtet. In Kollernberg schlug der Blitz während des Gottesdienstes in eine Kirche ein, tödete ein Kind und verletzte mehrere Personen.

**Der Reub** fest seine Tätigkeit neuerdings fort. Er wirft glühende Asche und Sand aus. Gefahr ist jedoch nicht vorhanden. Durch die Explosion eines Pulvermagazins in Bridgeport im Staat Connecticut wurden zahlreiche Häuser zerstört. Viele Personen wurden verletzt, 800 Personen sind obdachlos.

**Häuberischer Mordfall.** Der Privatier Schneider war mit seiner Frau von Billin nach Vell gefahren, um Geld von der Sparkasse zu erheben und wurde auf dem Rückwege von 7 Räubern nach heftigem Kampfe getötet, merkwürdiger Weise kam die Frau unversehrt davon. Unter dem dringenden Verdacht, den Mord begangen zu haben, wurde die Frau des Ermordeten und der Liebhaber ihrer Tochter verhaftet.

**Vermisst** wird seit der richterlichen Verurteilung seines Vaters der 18jährige Sohn des früheren Regierungsdirektors Senfleben in Berlin. Der junge Mann verließ nach Bekanntwerden der Verurteilung seines Vaters die Wohnung und wird seitdem vermisst. Der junge Senfleben hat an seinem Vater mit großer Liebe gehangen und wird vermutet, daß er sich im Verborgenen hat.

**Mord und Selbstmordversuch.** In Lauffen hat der freientragende Steinmann seinen Prinzipal, den Briefträger Reitz, überfallen. Er machte ihn durch Andrücken des Halses bewusstlos, schleppte ihn dann in den Keller, übergoss seine Hände mit Petroleum und steckte sie in Brand. Der Geheile soll an der Frau seines Prinzipals unerlaubte Beziehungen unterhalten haben. Steinmann wurde verhaftet, er entpand aber auf dem Wege nach dem Gefängnis, schloß sich eine Kugel in den Kopf und stürzte sich dann in den Neckar. Er wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Der Anzeiger des hannoverschen Bezirksverbandes soll Folge gegeben und den angegriffenen Verbänden zu Hilfe gebracht werden. Die engere Gruppe ist zu bilden aus Verbänden, die sich hierzu bereit erklären und deren Interessen es verlangen, daß die vom Bezirksverband Hannover aufgestellten Grundsätze, daß eine Verhandlung mit den Arbeiter-Organisationen und die Festsetzung von Mindestlöhnen nicht erfolgt, zur Durchführung gebracht werden.

Ferner stimmen die Delegierten der vertretenen Bezirksverbände — ausgenommen die des Arbeitgeber-Verbandes der Metallindustriellen des nordöstlichen Westfalens, der Thüringer Mitte, Schaumburg-Nippe und angrenzenden Gebiete und des Verbandes der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens — unter Vorbehalt nachträglicher Zustimmung seitens ihrer Bezirksverbände, mehrere auch unter dem Vorbehalt, daß die Mehrzahl der Bezirksverbände sich der Ausperrung angeschlossen, und einzelne auch unter noch anderen Bedingungen folgender Erklärung zu:

I. Die Bezirksverbände Dresden, Hannover, Braunschweig, Breslau, deren Vertreter wegen Arbeiterstreitigkeiten ganz beziehungsweise teilweise stillgelegt, verpflichten sich: 1. bis zum 5. Mai dieses Jahres mindestens achtzig Prozent der bei ihnen beschäftigten Arbeiter auszusperren; 2. nur mit Arbeitern ihrer Betriebe, nicht aber mit Vertretern der Arbeiter-Organisationen zu verhandeln; 3. bei Vereinbarungen die Festsetzungen von Mindestlöhnen, zumal Tarifverträge, unbedingt abzulehnen; 4. auf keinen Fall Separatabmachungen durch Verbände oder einzelne Firmen einzugehen und den Betrieb nicht eher auszunehmen, bis eine Einigung und Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche dieser Beschäftigten betretenden Bezirksverbände und Betriebe hergestellt ist. Die Separatabmachungen hat der Vorstand des Gesamtverbandes, welcher durch je einen Vertreter der bestreikten Verbände zu verstärken ist, zu beschließen, event. hat der Ausschuss des Gesamtverbandes die Entscheidung zu treffen.

II. Die Bezirksverbände Anhalt, Baden-Württemberg, Metallarbeiter-Verband Berlin, Metallfabrikanten Berlin, Metallwarenfabrikanten Berlin, Klempner Berlin, Brandenburg (Provinzialverband), Brandenburg a. S. (Volksverband), Niederweser, Bremen, Chemnitz, Erfurt, Frankfurt a. M., Niederschlesien, Ostpreußen, Halle a. S., Hamburg, Kiel, Leipzig, Albed, Magdeburg, Ostpreußen, Emden, Siedem verpflichtet sich, unter der Voraussetzung, daß die Bedingungen unter I eingegangen und unter I, 1 auch erfüllt werden, vorläufig 30 Prozent der von ihnen beschäftigten Arbeiter — jedoch nur sozialdemokratischen Organisationen angehörige Arbeiter — auszusperren, wenn eine Einigung zwischen den unter I aufgeführten Verbänden und ihren Arbeitern bis zum 10. Mai dieses Jahres nicht zustande gekommen ist. In diesem Falle ist den gegenständlichen eingestellten betroffenen Arbeitern am 12. Mai zu kündigen, jedoch dieselben mit den übrigen betroffenen Arbeitern am 26. Mai entlassen zu werden können. (Besondere Abmachung.)

III. Der Bezirksverband für Bayern verpflichtet sich unter der Voraussetzung, daß die Abmachungen unter I und II erfüllt werden, und dadurch ein Erfolg nicht erzielt wird, ab dem 31. Mai ebenfalls vorläufig 30 Prozent der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entlassen, wobei von der Entlassung ausgeschlossen bleiben sollen Mitglieder von Arbeitern-Verbänden, welche sich grundsätzlich als Gegner der Streikorganisationen bekannt haben, auch wenn deren Anzahl bei einem Werke 70 Prozent überschreiten sollte.

IV. Die Verbände haben die unter Punkt I, II und III von ihnen geforderten schriftlichen Erklärungen umgeben, spätestens bis zum 10. Mai, bei dem Gesamtverband einzureichen.

Hier also ein genauer Plan. Wollen die Herren nun noch immer streiken? Es scheint fast so, denn der Gesamtverband vertritt eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Der Gesamtverband, wie auch die Unstimmigkeit der Beschlüsse leicht erkennen, daß es sich am 2. Mai um nichts weiter als um einen Versuch handelt, nicht abgeklärte Punkte abzuhandeln, welche nur als vorbereitende Schritte anzusehen waren.“

Bei den Abwehrmaßnahmen des Gesamtverbandes handelt es sich um zwei Prinzipienfragen. Die eine ist die Forderung des gleichen Minimallohnes über ganz Deutschland, zumächst für die Arbeiter aller Kategorien, die andere ist die Forderung der Parität in der Verhandlungsfrage. Ueber die Schlichtung des gleichen

Normallohnes für ganz Deutschland haben wir uns bereits geäußert.

Was die Parität in der Verhandlungsfrage anbetrifft, so acht das Streben der Arbeiterorganisationen dahin, daß die Festsetzung der Arbeitsbedingungen zwischen der Arbeiterorganisation und dem einzelnen Arbeitgeber erfolge, weil sie unter solchen Verhältnissen die Stärkeren sind. Die Arbeitgeber müssen darauf halten, daß in der Verhandlungsfrage Parität herrscht, daß also die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und seinen eigenen Arbeitern oder der Gesamtheit der bestreikten Arbeitgeber und der Gesamtheit der streikenden Arbeiter stattfinden.

Wenn beide Parteien durch ihre Organisation verhandeln wollen, so müßen sie das tun, wenn aber eine Partei verlangt, daß die Verhandlung mit dem direkten Kontrahenten erfolgen soll, so geht dieses Verlangen als das ursprüngliche und natürliche vor. Denn Arbeitgeber nur mit ihren eigenen Arbeitern verhandeln wollen, so dürfen die Arbeiter die Arbeitgeber in solchem Falle nicht zwingen wollen, daß sie mit der Arbeiterorganisation verhandeln, sondern sie haben selber mit ihren Arbeitern zu verhandeln, ebenso wie die letzteren direkt mit ihren Arbeitern zu verhandeln haben, wenn letztere solches verlangen.

Der Gesamtverband fordert, daß die Parität bei etwaigen Verhandlungen gewahrt bleibt, und daß dabei das ursprüngliche und natürliche Verhältnis des direkten Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gewahrt werden muß, wenn auch nur eine Partei solches fordert, und er verlangt weiter, daß die Forderung des Minimallohnes für ganz Deutschland, welcher den Normallohn, also die Schablonisierung für ganz Deutschland vorbereiten soll, von den Metallarbeitern fallen gelassen wird. In diesen beiden Prinzipienfragen wird der Gesamtverband keine angegriffenen Bezirksverbände unterstützen, im übrigen nicht er sich nicht in die sonstigen vorliegenden Beschlüsse differenzieren, weil er seinerseits nicht schablonisieren will.

Stillschließ ist die Einleitung dieser Erklärung. Die Herren fangen an, sich aus lauter Verlegenheit selbst zu beklagen. Von „Unstimmigkeit der Beschlüsse“, von „nicht abgeklärten Punkten“ wird erzählt. Man braucht nur die Einleitung des Protokolls, wo ausdrücklich die Zustimmung der Versammlung protokolliert ist, lesen, um sofort zu sehen, daß die ganze Erklärung ein Verlegenheitsprodukt ist und daß den Herren die Veröffentlichung ihrer sehr abgeklärten Absicht äußerst unangenehm ist. Dies muß um so mehr der Fall sein, als sie im weiteren Verlauf davon reden, daß es sich um die Forderung des gleichen Minimallohnes über ganz Deutschland handelt. Wir haben schon weiter oben auseinandergesetzt, daß es sich um nicht mehr handeln kann. Wir wollen aber gegenüber dieser unferster Auffassung noch wesentlich falschen Darstellung noch einmal etwas zur Zeit von der Forderung des Minimallohnes abhandeln.

Genau so steht es mit der sogenannten „Parität“ aus. Auch hier steht fest, daß die Arbeiter nicht darauf bestanden haben, daß die einzelnen Unternehmer mit der Organisation verhandeln. Sowohl in Dresden, als auch in Dresden, Hannover, Braunschweig haben die Arbeiter durch Betriebskommissionen mit den Arbeitgebern verhandeln wollen. Die Arbeiter sind daher im weitesten Maße den Wünschen der Unternehmer entgegengekommen. Damit fällt aber für die Unternehmer jeder Grund weg, wegen dieser beiden „Prinzipienfragen“ weitere Ausperrungen vorzunehmen. Wenn sie es dennoch, so müßen andere Gründe vorliegen. Die Herren scheinen sich immer noch einzubilden, die Organisation, den Metallarbeiter-Verband, geschweigen zu können, ihn lahm zu legen, um dann um so ungehöriger zu verhandeln.

Wir sind nun wirklich gespannt, wie weit die Herren ihr geschäftliches Spiel treiben werden, bis um so mehr, als im letzten Satz der Erklärung gesagt ist, daß der Gesamtverband sich in die sonstigen vorliegenden Beschlüsse nicht mischt.“ Soll damit etwa ein weiteres Anzeichen begründet werden? Vor kurzem hieß es doch noch, daß von den Bezirksverbänden keinerlei Abmachungen getroffen werden dürfen.

Der Kampfgeist der Herren scheint danach wesentlich herabgemindert zu sein. Vielleicht hat dazu auch die Erklärung der Berliner Industriellen beigetragen, die nur aussperrten wollen, wenn nach dem die Unternehmer in der Provinz grundsätzlich Lohnerhöhungen ausgehen, alsdann keine Einigung zustande kommen sollte.

Wie wir schon, sollen übrigens noch eine Reihe anderer Bezirksverbände wenig Lust zum Ausstreiken haben.

Nun, wie dem auch sei. Die Metallarbeiter sind auf alle Fälle vorbereitet, sie sind bereit, den Kampf aufzunehmen, sind aber ebenso bereit, einen annehmbaren Frieden zu schließen. Mögen die Unternehmer jetzt auch ihrerseits beweisen, daß ihnen an einer Beilegung des Kampfes liegt. Wie anders wo, so haben auch hier die Arbeiter erneut die Hand dazu geboten. Bis jetzt hat noch keine der Unternehmer, denen nämlich die vorgelegten veröffentlichte Resolution zugesandt worden ist, geantwortet. Man will also den Krieg.

**Ein heftiges Gewitter** wüthete in Püttich und richtete großen Schaden an. In der Straßen stand das Wasser 1 1/2 Meter hoch. Eine 80 Meter lange Mauer stürzte ein, ebenso die Döhlbrücke. Etwa 3000 Wägener, gegenwärtig in Püttich, können nicht nach der Heimat zurückkehren.

**Zufolge eines Anstellers Schwere Leiden** vergiftete sich in Kiel die Vorkocherin des Damenheims, Doret.

**Eine Explosion** fand in Kapisa aus unbekannter Ursache im Spiritusfabrik des Kaufmanns Häbner statt, wodurch das Dienstmädchen getötet und der Haushälter schwer verletzt wurde.

**Abgefahren** ist der Vater Hans Hillebrand aus Breslau am Sonntag bei einem Ausfluge über das Kreuzschloß und erlitt erhebliche Verletzungen. Die Bekehrer Hillebrands fanden ihn nach langem Suchen in einer Schucht und brachten ihn mit schwerer Wunde in das Kaiserhospital.

**Der Hund** verzeihen hatte in Stettin eine junge Mutter, die mit dem Schnellzug angefahren war. Erst an der Pforte wurde das vergessene Gepäck bemerkt. Nach einigen Minuten angelegten Suchens, wurde das im Strohballen friedlich schlummernde Baby entdeckt und die vergessene Mutter zog mit dem Erpöhlung unter anderem Geldscheiter der Passagiere ab.

**Wieder einer.** Vom Amte suspendiert wurde in Rostock der Geheimmedizinalrat Dr. Schütz. Er war Direktor der Frauenklinik und der Hebammenkurse. Es soll sich bei der Affäre um Unterschlagungen handeln.

**Ein Scherz.** Ein St.-Arbeiter aus Drellingen bei Eisenach, der als angelegter Waldbauscheer jahrelang arme hollandschmiede Frauen ernährte, wurde in Jammelhof verhaftet. Nicht weniger als 40 Fälle sollen bisher gemeldet sein.

**Schreckliche Sturze.** In Mannheim verstaubte der Inhaber eines aushängigen Absteigerquartiers, Engel, seine schlafende Frau zu ertrinken, indem er ihr die Kehle durchschneidete und mehrere Revolverkugeln auf sie abgab. Engel erhängte sich dann.

**Der Hausmörder** wird auf dem Festungsmarkt in München nach heftiger Gegenwehr verhaftet, nachdem er auf seine Verfolger mehrere Revolverkugeln abgefeuert.

**Die Gendarmen** rümpfen im Hainland einen bedrohlichen Umfang an. Allein in der Gemeinde Dammhorn wurden bis jetzt 87 Leichen festgestellt.

**In Dammhorn** wurde bei einem 7 Jahre alten Kinde die Kehle durchschneidet. In Berlin schloß der Ober-Dammherger bei einem Streik dringlich mit einem Revolver auf einen Gegner und verletzte ihn schwer; außerdem erzielten auch die Schwester des Letzteren, sowie ein zweites Kind tödliche Verletzungen. Der Täter wurde verhaftet.

**Ein schwerer Unwetter** sind ein Teil Süddeutschlands, die Rheingegend und Belgien heimgesucht worden. So gingen über den Odenwald, den Rheingebirge und den Odenwald heftige Gewitter mit Hagel nieder und richteten großen Schaden in den Weinbergen, der Winterfaat und den Obstgärten an. Es sind Menschen in dem Sturm umgekommen, auch hat der Blitz viele Anwesen in Asche gelegt und Vieh erschlagen. In Trier gingen ebenfalls furchtbare Unwetter nieder. In dem waldreichen Harzgebiet haben die Nebentriebe so stark durch den Hagel gelitten, daß die Ausichten auf eine reiche Ernte geschwunden sind; ebenso hart ist die Döhlbrücke betroffen. In der Saargegend haben die Feldfrüchte besonders gelitten; stellenweise sind ganze Felder abgeweht. Zahlreiche Gebäude wurden durch Blitzeschläge eingestürzt. In Wachsen-Schbach wurden infolge wolkensbruchartigen Gewitterregens die über liegenden Ställe überflutet. Im Algebiet fanden die Erdgeschosse mehrerer Häuser unter Wasser, so daß die Feuerwehr eingreifen mußte. In der Gegend von Wöden wurden Eisenbahnwagen vom Wasser überflutet und konnten weder vorwärts noch rückwärts. Die Passagiere mußten eine ganze Nacht im Regen ohne Lebensmittel verbleiben und konnten erst nach und nach mittels Booten in Sicherheit gebracht werden. In Lüneburg stand das Wasser in vielen Häusern zwei Meter hoch. In Romar sind drei Personen ertrunken. In Arno hat das Wasser großen Schaden angerichtet. Die Saaten sind meist zerstört. In Lüneburg sind vier Personen vom Blitz erschlagen und sechs schwer verletzt worden.

**Auf hoher See** stieß der Dampfer „Leo“, aus Vorbeang kommend, mit dem italienischen Dampfer „Ferdinando“, aus Martinique kommend, zusammen. Letzterer sank innerhalb weniger Minuten. Die Besatzung in Stärke von 8 Mann und 2 sich an Bord befindliche Passagiere sind errettet.

**Opfer des Sturmes.** Drei Hamburger Segeltatter sind während des in den letzten Tagen wüthenden Sturmes in der Nordsee untergegangen. Die gesamten Besatzungen von 73 Mann sind errettet.

**Ein verbrecherischer Diebstahl.** Der evangelische Pastor Ritter aus Werder bei Potsdam wurde von der 6. Staatsanwaltschaft in Berlin II wegen fortgesetzter Diebstahlverbrechen an zahllosen Konfirmanden verurteilt. Der 47 Jahre alte Mann wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der erste Diebstahl hatte 4 Jahre her stattgefunden und 4 Jahre Gefängnis erbracht. Zahlreiche Konfirmanden hatten den Angeklagten als erbrochen und gefressen minderwertig (wenn auch) bezeichnet. Aus diesem Grunde hat der Gerichtshof dem Angeklagten mildernde Umstände angedeutet. Ein Vertreter des Konfirmandenvereins in Werder beantragte wegen der Verurteilung, die unter Aufhebung der Öffentlichkeit stattfand, bei







Montag in den „Anton-Festalen“, Reuschestraße, eine öffentliche Versammlung aller weiblichen Angestellten im Schank- und Gastwirtsge- werbe ab. Dem Rufe war auch eine ziemlich Anzahl Schloßerinnen, Köchinnen usw. gefolgt.

Kollege Fiegert hielt eine Ansprache an die Kolleginnen, in der er die ganze Wirtin ihrer Lage entrollte. Sowie man sich bisher Mühe gegeben, die Kolleginnen, die im Gastwirtsleben eine ebenso wichtige Rolle spielen, wie die Gehilfen, dem Verbande anzuschließen, so seien doch alle Versuche mißglückt, der letzte Verbandstag hat jedoch den Beschluß gefaßt, die Organisation der weiblichen Angestellten intensiver zu betreiben, um diesen Zweck zu erreichen. Die Gastwirtsgehilfen aller Kategorien haben es fast noch nicht abgelehnt, Fiegert aus sich zusammenzuschließen, als die Gehilfen. Es sei unbefriedigende Tatsache, daß die Kolleginnen von den gesetz- lichen Schutzbestimmungen für das Gastwirtsverpersonal nur wenig wissen. Das Gesetz schreibt alle 14 Tage eine 24 stündige Ruhepause vor; welche Gehilfin aber erfreut sich in Breslau einer solchen? Wohl nur die wenigsten, aber so stehe es mit allen Bestimmungen betreffend den Arbeiterschutz. Die Arbeitszeit der weiblichen Angestellten sei durchschnittlich eine sehr lange, sie dauert 16-20 Stunden, die Bezahlung eine ganz minimale, und so kommt es, daß sie zu Lohnrückstufen des Mannes werden. Die weiblichen Angestellten zerfallen in solche mit festem Gehalt und in solche, welche hauptsächlich nur Trinkgelber beziehen. Wirtschaftserinnen, Köchlerinnen, Buffetmädchen, Köchinnen leben meistens in festem Lohn. Zimmermädchen, Serviererschloßerinnen und andere Angestellte sind auf Trinkgelber angewiesen und müssen sich nicht in seltenen Fällen das Essen selbst kaufen. Eine Köchin, die meistens mehr leisten muß, als ein Koch, bezieht 30 bis 75 Mark, die meistens mehr leisten muß, als ein Koch, bezieht 30 bis 75 Mark monatlich. Ausschloßerinnen müssen für 2, höchstens 6 Mark täglich ihre Dienste tun. Zimmermädchen rechnet man die Trinkgelber an und gibt ihnen 12 bis 18 Mark Monatsgehalt. Fast durchschnittlich beträgt die tägliche Arbeitszeit 16 Stunden. Die Schloßerinnen müssen bei 1 Mark, bisweilen zahlen die ausländischen Wirtin 1.50 Mark, den ganzen Tag Arbeit verrichten und haben den ganzen Tag Vormittag die Türe, Gänge und Konditoreien aufzumachen, zu waschen und zu putzen, es kommt zuweilen vor, daß sie für die Klosetts reinigen müssen. Dafür gibt es keine Vergütung, während der eine oder andere Wirt 25 Pf. Das Essen müssen sie sich in den meisten Fällen selbst kaufen, wenn sie hungrig sind. Alles sollen die Trinkgelber machen. Die hohe Bezahlung von 1-1.50 Mk. erhalten die Serviererschloßerinnen allerdings nur bei einem bestimmten Umsatz, gewöhnlich 30 Mark. Erreichen sie diesen Betrag nicht, dann werden sie mit 50 oder 75 Pf. abgefunden oder erhalten überhaupt nichts. Die Behandlung seitens der Wirtin läßt gar viel zu wünschen übrig. Trotz aller dieser Verhältnisse war es bisher nicht möglich, die Wirtinnen dazu zu bringen, sich einer Organisation anzuschließen. Wenn Mann und Frau zusammenwischen, dann wird es nicht fehlen, besserer Zustände zu schaffen, es sei in Breslau die höchste Zeit, mit den Wirtinnen, die so schief die Angestellten bezahlen und behandeln, ein ernstes Wort zu reden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Organisation erfährt. Fiegert verbreitete sich sodann über die Vorteile, die der Verband den Mitgliedern bietet und ersuchte die anwesenden Frauen und Mädchen dringend, seiner Aufforderung nachzukommen.

Die Debatte war erfreulicherweise eine recht rege; es beteiligten sich einige Frauen daran, die die Zustände in ihren Wirtschaften aufdeckten. Aus den Ausführungen ging hervor, daß die Verhältnisse noch schlechter sind, als sie Fiegert geschildert hat. Die Frauen haben selbst ein, daß etwas geschehen müsse für die weiblichen Angestellten. Der Erfolg war für den Anfang ein guter, die meisten Frauen ließen sich in den Verband aufnehmen. In der Unterstützung

der organisierten Arbeiter wird es wohl nicht fehlen, die Sache zu fördern.

### Zur Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die Zimmerer haben sich in einer am Dienstag Abend im Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen Versammlung mit erheblicher Mehrheit dafür erklärt, das Angebot der Arbeitgeber, 52 Pfg. Stundenlohn für 1906 und 55 Pfg. nebst 9/10 stündiger Arbeitszeit für 1907, anzunehmen. Die Annahme erfolgte im Hinblick darauf, daß Maurer und Bauarbeiter sich bereits mit dem Angebot einverstanden erklärt hatten, und in Rücksicht auf die Stukkateure und Töpfer, die bereits seit einigen Wochen streiken und denen man die Situation nicht dadurch erschweren wollte, daß durch einen Streik oder durch eine Aussperrung im Baugewerbe, in ihren Berufen die vorhandene Arbeit soweit herabgemindert würde, daß der Streik noch viele Wochen andauern könnte, ohne daß die Unternehmer durch die vorhandene Arbeit zu Zugeständnissen gedrängt würden.

\* In der Lederfabrik Deutsch-Lissa stehen, wie gemeldet wird, seit dem 15. Mai die Arbeiter im Streik.

### Versammlungen und Vereine.

\* **Bauschloßerverammlung.** Die im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisierten Bauschloßer Breslaus hielten am 13. Mai im „Röhlen Strand der Ober“ eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. In der Bericht über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung gegeben wurde. Kollege Hans Krieger teilte die bisher geflohenen Verhandlungen des Gesellenausschusses mit dem Junungs Vorstand ins Gedächtnis zurück. Danach soll von einer Lohnskala keine Rede sein. Zugestanden wurde nur ein Minimum von 25 Pf. und für Selbständige von 50 Pf. Die Bauschloßer wollten die Meister ihrem eigenen Ermessen überlassen haben. Das dies für uns unannehmbar ist, bedarf keiner Worte. Kollege Krieger teilte noch mit, daß als letztes Mittel zur friedlichen Lösung das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen worden ist. Aber auch darauf sind die Bauschloßer nicht eingegangen. Kollege Philipp sagte nun, welchen Weg die Organisation nunmehr einschlagen habe. Er meinte, daß jetzt ein freies Zug durch die Arbeitgeber gebe, indem sie auf jede, auch die geringste Lohnforderung mit der Aussperrung drohen. Da die im Baugewerbe angebotene Aussperrung wahrscheinlich unterbleibt, steht die Sache für die Bauschloßer nicht unglücklich. Selbstverständlich könne während der Aussperrung an einen Kampf nicht gedacht werden, da es unsere Pflicht ist, unsere ausgeperrten Kollegen moralisch und finanziell zu unterstützen. Nach Beendigung des Kampfes aber werde natürlich ungestört vorgegangen werden. Es wird hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

Im Hinblick darauf, daß infolge der Formbewegung auch in Breslau Tausende von völlig unbeteiligten Arbeitern der Metallindustrie durch das rücksichtslose und provokierende Verhalten des Unternehmens brotlos gemacht und auf die Straße geworfen wurden und im weiteren Hinblick auf die Notwendigkeit, alle Kräfte und verfügbaren Mittel der organisierten Arbeiterkraft hierfür bereit zu halten, den ausgeperrten Kollegen zu ihrem guten Recht und im Siege zu verhelfen, beschließt die heut im „Röhlen Strand der Ober“ tagende Versammlung der Bauschloßer

Von der in Aussicht genommenen Lohnbewegung und Tarifänderung vorläufig Abstand zu nehmen und diese bis zur Beendigung des zur Zeit laufenden Kampfes zu verlagern. Hierauf wurden einige satische Fragen erlegt. Kollege Hans Krieger fuhr fort: Agitation an und schließt mit einem begeistert angenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Versammlung.

\* **Der Schuhmacherverband** hielt am Montag im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom vorigen Quartal ergab eine Einnahme an Beiträgen zu 20 Pf. 121.40 Mk., zu 85 Pf. 1339.80 Mk. und zu 50 Pf. 927.50 Mk. An Reiskundenbeiträgen wurden 22.80 Mk., Arbeitslosenunterstützung 8 Mk. und Unzugsgeld 87 Mk. gezahlt. An die Hauptkasse sind 1627.41 Mk. gelangt worden. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 540 männliche und 79 weibliche Mitglieder. Der Bestand der Postkasse war während des Quartals von 272.19 Mk. auf 476.20 Mk. gestiegen und wurde nunmehr beschloßen, 150 Mark zum Bau eines Gewerkschaftshauses abzuliefern. Man beschloß sich sodann mit den Ausführungen des Schuhmachermesters Salzbauer in der letzten Sitzung der Handwerkskammer, die jeden beim Junungsmeister arbeitenden Kollegen erkennen lassen wollten, wie notwendig auch für ihn die Organisation sei. Es wurde beschloßen, für die Schloßer eine besondere Sektion zu gründen und zu diesem Zwecke wurde eine fünfköpfige Kommission gewählt, die die Agitation unter den Schloßer betreiben soll.

### Aus Schlesien und Posen.

#### Der Kampf um die Säle in Brieg.

Unser täglich verteiltes Boykottflugblatt muß wie ein kalter Wasserstrahl auf die hiesigen Reaktionsäre gewirkt haben, denn die kapitalistische Presse verstand einen Hagel giftiger Geschosse gegen die organisierte Arbeiterschaft. Zur Erweiterung unserer Leser wollen wir nur mitteilen, daß die „Briegler Zeitung“ sich einbildet, in Brieg sei kein Boden für „unheilvolle Ideen.“ Der Boykott würde an dem „gesunden Sinn der jungen Burschen und Mädchen mit einem Fiasko“ enden!

Arbeiter, Parteigenossen! Bringt diesen Herren, daß Ihr ernst macht mit dem Boykott. Draht an Breslau und Oberg, wo der Saalboykott so glänzend durchgeführt wurde.

Ubrigens flüchten sich die Saalbesitzer schon mit Erklärungen in die Presse. In haarsträubendem Dutz heißt es darin:

Antwortlich der Flugblätter, wonach die Delegierten die treustigen Gründe nicht anerkennen wollen, betreffs Saalverweigerung, lassen uns auf weiteres nicht ein.

Einige Saalbesitzer. Selbstverständlich werden die Klassenbewußten Arbeiter sich erst recht auf nichts einlassen!

Von unserem 3-Beichterstatter erhalten wir folgenden Schreibern:

Nachdem alle Vorarbeiten getroffen wurden, schritten unsere Genossen am Sonntag, den 13. d. Mis. an ihre Arbeit. Die Posten wurden ausgespart und die Kontraktäre warteten gleichzeitig ihres Amtes. Auch die Postzeit hatte zum Schutze der Langstigen und der Wirtin vor jedem Saal 1 Schuhmann postiert, und einer wurde auf der Wache zurückgelassen. Da nun fünf Säle besetzt waren, so ist kein Schuhmann mehr übrig geblieben, um auf andere Vorkommnisse Obacht zu geben. Schon am Sonntagabend Abend hatten einige nichtorganisierte Arbeiter ein sogenanntes Bittentest im „Deutschen Hause“ abgehalten, das mit einem kläglichen Fiasko endete, zumal noch um 10 Uhr

# 11 extra billige Schuh-Tage

Der Verkauf ist fest festgesetzt für die Zeit vom 17. bis 27. Mai bzw. solange Vorrat!

Ein Posten Herren-Zug-Stiefel, Pa. Rossleder glatt, unverwüstlich, sonst M. 6.70 <b>Ausnahme-Preis: 580 M.</b>	Ein Posten Damen-Schnür-Stiefel, Pa. Rossleder mit Lackspitze, elegant, sonst Mk. 6.50. <b>Ausnahme-Preis: 525 M.</b>	Ein Posten Knaben-Schnür-Stiefel, Wildrossleder No. 34-35 86 sonst Mk. 6.50 7.20 <b>Ausnahme-Preis 520 M. 580 M.</b> 1959
Ein Posten Herren-Zug-Stiefel, Ja Spiegelleder, beliebte Uniformstiefel, sonst M. 8.30 <b>Ausnahme-Preis: 765 M.</b>	Ein Posten Damen-Schnür-Stiefel, grau Stoff mit Ledergarnitur . . . nur 285 M.	Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Knopf- u. Schnür-Stiefel, genährt Kalbleder . . . M. 5.95 bis 395 M.
Ein Posten Herren-Zug-Stiefel, Wildrossleder, elegante Strasserstiefel, sonst M. 8.80 <b>Ausnahme-Preis: 745 M.</b>	Ein Posten Damen-Schnür- u. Knopfstiefel, Ia. Kalbleder, Original „Goodyaer-Welt“, sonst Mk. 10.75, <b>Ausnahme-Preis: 875 M.</b>	Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Schnür-Stiefel, Boxcalleder . . . M. 6.75 475 M.
Ein Posten Herren-Zug- u. Schnür-Stiefel, ff. Wichskalbleder, Original „Goodyaer-Welt“, sonst M. 14.— <b>Ausnahme-Preis: 1125 M.</b>	Ein Posten Damen-Spangen-Schuhe, schwarz Leder . . . nur 195 M.	Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Knopf-Stiefel, Rossleder, No. 25/26 . . . 275 M.
Ein Posten Herren-Schnür-Stiefel, Ia. Wildrossleder, anerkannt haltbar, sonst M. 8.70 <b>Ausnahme-Preis: 765 M.</b>	Ein Posten Damen-Spangen-Schuhe, grau Segeltuch mit Ledergarnitur . . . nur 240 M.	Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Schnür-Stiefel, Rossleder, No. 31/35 . . . 375 M.
Ein Posten Herren-Zug- u. Schnür-Schuhe, zum Strapazieren . . . nur M. 4.50 u. 390 M.	Ein Posten Damen-Spangen-Schuhe, fein rot Leder . . . nur 295 M.	Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Knopf- u. Schnür-Stiefel, braun und rot Leder, No. 25/26 M. 2.90, No. 31/35 450 M.
Ein Posten Herren-Melton-Reise-Schuhe, mit Kordelsohle, leicht und bequem . . . nur 125 M.	Ein Posten Damen-Kaus-Schuhe, rot Leder, sehr beliebt . . . nur 245 M.	Ein Posten Knaben- u. Mädchen-Schnür-Schuhe, braun Segeltuch, No. 27 80 190 M.
Ein Posten Damen-Zug-Stiefel, bequeme Passform, sonst M. 3.50 . . . <b>Ausnahme-Preis: 290 M.</b>	Ein Posten Damen-Lasting-Kaus-Schuhe, bequeme Morgenschuhe . . . nur 95 Pf.	Ein Posten Kinder-Schnür-Stiefel, braun Leder, No. 18/21 . . . 135 M.
Ein Posten Damen-Knopf-Stiefel, vorzügliche Qualität, sonst M. 5.— <b>Ausnahme-Preis: 450 M.</b>	Ein Posten Damen-Reise-Schuhe angenehm leicht . . . nur 1.95 u. 95 Pf.	
Ein Posten Damen-Knopf- u. Schnür-Stiefel, braun Leder, moderne Farbe . . . nur 490 M.		

# Conrad Tack & Co. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

**Bitte! Nicht irren!**

Unser Verkaufsgeschäft in Breslau befindet sich nur **Reuschestr. 47/48**

und bitten wir auf unsere volle Firma genau zu achten, um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden.

Verkaufsgeschäft

**Breslau nur Reuschestr. 47/48.**





Schick gemacht werden sollte. Hoffen für diesen Abend sind keine gestellt worden. ...

Bei der 'Goldener Anker' ist meistens nur 14-16 Mädchen, gelangt haben 3 bis 5 Paar, dann folg die ...

Der beim 'Lokal Deutsches Haus' in einer unserer ...

Et. Abel, 15. Mai. Warnung für Radfahrer! Ein ...

Gottesberg, 15. Mai. Zum Streik der Arbeiter ...

-m. Stegwig, 15. Mai. Zur Lohnbewegung im ...

-m. Bösen, 15. Mai. Der Sozialkampf im ...

Kindern ein Paar neue Schuhe zu kaufen. Die darauf ...

8. Ziehung 5. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and their respective prizes.

8. Ziehung 5. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and their respective prizes.

Streiks 285; dagegen nur 90; jedoch die Besetzung ...

8. Ziehung 5. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and their respective prizes.

8. Ziehung 5. Klasse 214. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 5th class of the 214th Prussian lottery. Includes columns for numbers and their respective prizes.